

Höhepunkte der SL 2006 = Temps forts en 2006

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Landschaftsschutz / Stiftung Landschaftsschutz Schweiz =
Protection du paysage / Fondation suisse pour la protection et
l'aménagement du paysage**

Band (Jahr): - **(2006)**

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Volksinitiative zur Raumplanung – ein Idee setzt sich durch

Die Raumplanung erreicht ihre Ziele der Trennung des Baugebiets vom Nichtbaugebiet nicht. Dies liegt einerseits am Vollzugsdefizit, andererseits an fehlenden klaren rechtlichen Vorgaben. Die in der Bundesverfassung niedergeschriebene Forderung nach einem haushälterischen Umgang mit dem Boden hat aufgrund der Delegation des Vollzugs an die Kantone kaum Wirkung entfaltet. Auf diese Mängel wies auch das Bundesamt für Raumentwicklung (Are) in seinem Raumentwicklungsbericht (2005) hin. Der Bodenverbrauch schreitet nach wie vor ungebremst (rund 1 Quadratmeter pro Sekunde) fort. Unserer Bevölkerung wird im wahrsten Sinne der Boden unter den Füßen weggezogen. Zu dieser Schlussfolgerung gelangte die SL im Januar 2006, nachdem der Entscheid, dass der Pharmakonzern Amgen sich in Galmiz nicht niederlassen würde, gefällt war. Verschiedene Fachtagungen befassten sich in der Folge mit der Frage, wie die Raumplanung der Zukunft in unserem Lande agieren soll. Auch hatte bereits zuvor die Aktionsgruppe Raumplanung der Umweltverbände (unter der Leitung der SL) ein entsprechendes Diskussionspapier erarbeitet und veröffentlicht.

Die «Landschafts-Initiative» will in ihrer Kernforderung die Bauzonen der Schweiz für 20 Jahre begrenzen und Erweiterungen nur bei flächenmässiger Kompensation zulassen. Es soll daher nur dann weiter eingezont werden, wenn auch andernorts wieder ausgezont wird. Da dies nicht überall ohne grosse Entschädigungsforderungen möglich ist, sind neue Instrumente, beispielsweise gegen die Baulandhortung, zu entwickeln. In begründeten Fällen soll der Bundesrat aber auch Ausnahmen für Kantone gewähren können, die bisher nachweislich haushälterisch mit dem Boden umgegangen sind, über genügend gutes Kulturland verfügen und in ihren Entwicklungsgebieten eine hohe Erschliessungsgüte aufweisen. Die heutigen Baulandreserven reichen noch für rund 2,5 Millionen zusätzliche Einwohner in der Schweiz. Dabei ist die Siedlungsverdichtung nicht mitgerechnet. Die Kooperation zwischen dem Bund und den Kantonen ist heute mangelhaft, was zur Folge hat, dass letztlich niemand für die Entwicklung des Bodenverbrauchs in der Schweiz zuständig ist. Die Verantwortung für einen nachhaltigen Umgang mit dem Boden ist daher neu als Verbundaufgabe des Bundes und der Kantone zu definieren. Im Weiteren soll der Bund Bestimmungen für eine hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen zur Begrenzung des Bauens im Nichtbaugebiet erlassen. Mit dieser von der SL angestossenen Initiative, die unter der Federführung der Pro Natura lanciert worden ist, wird gewiss ein gewichtiges Zeichen in Richtung mehr Rücksicht auf unseren Boden, unser Kulturland und unsere Landschaft gesetzt. Es ist in jedem Fall eines der wichtigen Projekte der SL in den nächsten Jahren.

Verbandsbeschwerderecht – vorerst gerettet?

Wer die parlamentarische Debatte über das Verbandsbeschwerderecht verfolgen wollte, musste einen langen Atem haben: Die parlamentarische Initiative «Vereinfachung der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Verhinderung von Missbräuchen durch eine Präzisierung des Verbandsbeschwerderechtes» wurde von Ständerat Hans Hofmann am 19. Juni 2002 eingereicht

Temps forts en 2006

Une initiative populaire sur l'aménagement du territoire – une idée qui s'impose

L'aménagement du territoire n'atteint pas son objectif qui est de séparer nettement zones constructibles et zones non constructibles. Cet échec s'explique d'un côté par l'application déficiente de la loi, de l'autre par le manque de règles juridiques claires. Le principe de l'utilisation mesurée du sol, inscrit dans la constitution fédérale, n'a pas eu les effets escomptés, parce que l'application de ce principe incombe aux cantons. Dans son rapport sur le développement territorial de 2005, l'Office fédéral du développement territorial (Odt) a aussi attiré l'attention sur ces carences. Les surfaces bâties s'étendent au rythme toujours aussi rapide de près d'un mètre carré par seconde. La population risque de se voir littéralement couper l'herbe sous les pieds. La FP est arrivée à cette conclusion en janvier 2006, après la décision prise par la multinationale pharmaceutique américaine Amgen de ne pas s'installer à Galmiz. Par la suite, divers colloques se sont interrogés sur la manière dont l'aménagement futur du territoire devait s'exercer dans notre pays. Auparavant, le groupe d'action «aménagement du territoire» des organisations écologistes (placé sous la direction de la FP) avait déjà rédigé et publié un texte de synthèse à ce sujet.

Le point névralgique de l'initiative populaire prévoit de limiter l'ensemble des zones à bâtir en Suisse pendant 20 ans et de n'autoriser les extensions que moyennant une compensation d'une superficie équivalente. C'est pourquoi la mise en zone constructible ne sera plus autorisée que si une mise en zone non constructible est prévue ailleurs. Comme ce système n'est pas possible à mettre en place partout sans de substantielles demandes d'indemnisation, il convient de mettre au point de nouveaux instruments, par exemple pour lutter contre la thésaurisation de terrain à bâtir. Dans certains cas dûment motivés, le Conseil fédéral doit aussi pouvoir accorder des dérogations en faveur de cantons qui ont incontestablement utilisé le sol de manière mesurée, disposent de bonnes terres cultivables en suffisance et présentent un haut niveau de qualité d'équipement dans leurs zones de développement.

*Die Volksinitiative
Raumplanung
fordert ein begrenz-
tes Siedlungswachs-
tum, Wollerau SZ*

*L'objectif de
l'initiative est de
limiter l'expansion
de l'urbanisation,
Wollerau SZ*



und sage und schreibe viereinhalb Jahre später, am 14. Dezember 2006, abgeschlossen. Dazwischen lagen acht Plenardebatten, zwanzig Kommissionssitzungen, zwei Hearings, eine Vernehmlassung eines umfassenden Kommissionsberichtes, Ämterkonsultationen und eine Stellungnahme des Bundesrates. In diesem Zeitraum wurden noch 26 weitere Vorstösse zum Verbandsbeschwerderecht eingereicht, behandelt und bis Januar 2007 bis auf fünf alle erledigt. Am 11. Mai 2006 reichte zudem der Zürcher Freisinn zusammen mit 17 weiteren Kantonalparteien die Initiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz» ein. Sie bezweckt nichts anderes als einen Maulkorb für die Umweltverbände bei sämtlichen mittleren und grösseren Bauprojekten. Zahlreiche prominente FDP-Mitglieder und bürgerliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier äussern sich gegen diese Initiative, wie auch der Gesamtbundesrat. Dennoch wird in Zürich derzeit weiter an dieser undemokratischen, naturfeindlichen und angesichts des derzeitigen Wirtschaftsbooms anachronistischen Initiative festgehalten.

Diese wohl beispiellose aufwändige Parlamentstätigkeit erinnert an Politikmarketing. Die meisten Initianten der Vorstösse sowie der Volksinitiative orten im Verbandsbeschwerderecht und in den Umweltverbänden ein willkommenes Objekt für ihr populistisch verpacktes Plädoyer für möglichst weitreichende Freiheit des Grundeigentümers und wider staatlichen oder richterlichen Interventionismus. Die Argumente gegen das Beschwerderecht muteten – bei aller Selbstkritik, die auch in unseren Kreisen zu üben ist – geradezu grotesk an: Da wurde von nachweislich 20 Milliarden Franken blockierter Bausumme durch Verbandsbeschwerden gesprochen, missbräuchliche Geldzahlungen und erpresserisches Verhalten in Verhandlungen vorgeworfen. Weder die Rechtskommission des Ständerates noch der Bundesrat konnten jedoch offensichtliche Missbräuche feststellen. Auch verschiedene anerkannte Rechtsprofessoren haben immer wieder auf die Notwendigkeit, die Effizienz und die Erfolgsbilanz der Verbandsbeschwerdetätigkeit hingewiesen.

Der 2003 angeschobene Zug der parlamentarischen Initiative Hofmann, genährt 2004 vom Fall Hardturmstadion, der Einkaufszentren-Debatte und einzelnen ungeschickt agierenden Verbandsvertretern, konnte nicht mehr gestoppt werden.

Für die SL hat das neu geregelte Verbandsbeschwerderecht vor allem mehr Kosten zur Folge, da künftig die unterlegene Partei die Verfahrenskosten zu übernehmen hat. Die Spielregeln bei Vereinbarungen werden klarer, und die behördliche Übernahme der Verhandlungsergebnisse wird zu einem zentralen Aspekt. Die SL sieht aber auch das Risiko, dass sie das Beschwerderecht im konkreten Fall bei unzulässigen Leistungseinforderungen verlieren kann und die zuständige Behörde eventuell nicht alle ausgehandelten Ergebnisse auch effektiv in ihre Bewilligung aufnehmen wird. Immerhin konnte dank der sehr effizient arbeitenden Steuergruppe der Umweltverbände erheblich Schlimmeres verhindert werden. So wurde doch bis zuletzt gefordert, dass bei der Prüfung des Umweltverträglichkeitsberichtes überproportional auch Volks- und parlamentarische Entscheide zu gewichten seien. Die beschwerdeberechtigten Organisationen gaben hierzu immer zu bedenken, dass auch die Umweltschutzgesetzgebung und beispielsweise der Moorschutz in einem demokratischen Prozess verabschiedet wurden. Ein Fazit des neu geregelten Verbandsbeschwerderechtes und der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach Abschluss der parlamentarischen Debatte zu ziehen, ist einerseits davon abhängig, ob der Zürcher Freisinn seine Initiative zurückzieht, andererseits von der konkreten

Les réserves actuelles de terrains de construction suffisent pour accueillir encore 2,5 millions d'habitants supplémentaires en Suisse. Et la densification de l'urbanisation n'est pas prise en compte dans ce calcul. La coopération entre la Confédération et les cantons est aujourd'hui déficiente, ce qui fait que personne n'est finalement responsable de l'évolution de la consommation du sol. La responsabilité de l'utilisation durable du sol doit en conséquence être dorénavant définie comme une tâche commune de la Confédération et des cantons. Par ailleurs, la Confédération doit encourager un développement vers l'intérieur et de haute qualité de l'urbanisation et continuer de régler les conditions de toute construction hors des zones à bâtir. Lancée sous la houlette de Pro Natura à l'instigation de la FP, cette initiative populaire fédérale donne assurément un signal fort en direction d'une amélioration des égards dus à notre sol, à notre terre cultivée et à nos paysages. En tous les cas, c'est l'un des principaux projets de la FP pour ces prochaines années.

Le droit de recours des organisations momentanément sauvé

Pour suivre les débats parlementaires sur le droit de recours des organisations, il fallait être un coureur de grand fond: l'initiative parlementaire baptisée «Simplification de l'étude d'impact sur l'environnement et prévention d'abus grâce à une définition plus précise du droit de recours des organisations» a été déposée le 19 juin 2002 par le conseiller aux Etats Hans Hofmann. Il aura fallu pas moins de 4 ans et demi pour mettre le point final au dossier, c'était le 14 décembre 2006. Entre ces deux dates, huit débats en réunion plénière auront eu lieu, 20 séances de commissions, deux auditions, une consultation sur un épais rapport de commission, des consultations des offices fédéraux et une prise de position du Conseil fédéral. Durant ce même laps de temps, 26 autres interventions parlementaires ont été déposées et traitées à propos du droit de recours des organisations. En janvier 2007, toutes avaient été liquidées, sauf cinq. Le 11 mai 2006, le parti radical-démocratique du canton de Zurich, associé à 17 autres sections cantonales, a déposé sa propre initiative populaire intitulée «Assez d'obstructionnisme – Plus de croissance pour la Suisse!». Ce texte ne prévoit rien moins que d'imposer la muselière aux organisations de protection de l'environnement pour tous les projets de construction de plus ou moins grande importance. De nombreux membres éminents du PRD et d'autres parlementaires bourgeois s'opposent à cette initiative populaire, tout comme le Conseil fédéral. Pourtant, du côté de Zurich, on continue de tenir dur comme fer à cette initiative populaire antidémocratique, hostile à la nature et anachronique vu le boom économique que nous connaissons aujourd'hui.

Cette débordante activité parlementaire, probablement sans précédent, évoque une opération de marketing politique. La plupart des auteurs de ces interventions parlementaires ainsi que de l'initiative populaire ont senti que le droit de recours des organisations environnementales et ces organisations elles-mêmes fournissaient un point d'ancrage bienvenu pour relayer leur plaidoyer populiste en faveur de l'extension la plus large possible de la liberté du propriétaire foncier et contre les interventions du pouvoir politique ou judiciaire. Les arguments contre le droit de recours des organisations – et malgré l'autocritique qui doit aussi s'exercer dans nos milieux – ont un côté franchement grotesque: on a évoqué les 20 milliards de travaux de construction que les recours des organisations écologistes auraient bloqués, on a reproché à ces dernières d'avoir touché abusivement des montants en espèces et exercé un chantage lors de négociations.

Handhabung durch die Behörden und Gerichte. Nachdem der Bundesrat am 2. Mai 2007 völlig unerwartet die Unterstützung der Initiative des Zürcher Freisinns beschlossen hat, ist die Zukunft des Verbandsbeschwerderechts so unsicher wie nie zuvor. Die SL kommentierte den Entscheid als Katastrophe.

Die Ergebnisse der parlamentarischen Initiative Hofmann:

- Die Einsprachemöglichkeiten werden durch die Beschränkung des Rügebereiches der einzelnen Umweltorganisationen und durch den Auftrag an den Bundesrat zur Neudefinition der UVP-pflichtigen Bauten und Anlagen reduziert.
- Umweltorganisationen, die es unterlassen haben, zulässige Rügen bereits in einem frühen Planungsverfahren vorzubringen, können dies in einem nachfolgenden Verfahren nicht mehr tun.
- Die Verbände müssen Verfahrenskosten bezahlen, obwohl sie die Rechtsmittel nur stellvertretend für die Natur ergreifen.
- Umweltschutzorganisationen können nur noch in jenen Rechtsbereichen Beschwerde führen, die sie seit 10 Jahren fachlich bearbeiten.
- Ein vorzeitiger Baubeginn ist für Anlageteile zulässig, deren Ausführung durch den Ausgang des Verfahrens nicht beeinflusst werden kann.
- Rechtsmittelbehörden müssen nicht auf Beschwerden eintreten, die unzulässige Leistungen einfordern.
- Konventionalstrafen als Massnahme zur Sicherung einer Vereinbarung zwischen Gestuchstellern und Umweltorganisationen sind verboten.
- Die beschwerdeberechtigten Organisationen werden vom Bundesrat aufgrund des Umweltschutz- und des Natur- und Heimatschutzgesetzes bezeichnet. Neu wird definiert, inwiefern eine Organisation auch wirtschaftlich tätig sein darf.
- Die Beschwerdebefugnis steht neu nur noch dem obersten Exekutivorgan der Organisation zu. Dieses kann Unterorganisationen nur unter im Gesetz festgelegten Bedingungen zur Beschwerde ermächtigen.
- Vorsorgeaspekte im Umweltverträglichkeitsbericht gehen verloren.
- Vereinbarungen dürften trotz heute für alle Seiten oft positiven Effekten weniger attraktiv werden, da die Verbände damit den Entzug ihrer Beschwerdelegitimation riskieren.

2
14

Partizipative Planung zahlt sich aus – Beispiel Linthal 2015

Partizipation wird in der Planersprache als «Mitwirkung» oder «Bürgerbeteiligung» verstanden. Gemäss Art. 4 Raumplanungsgesetz (RPG) wird damit jede Tätigkeit mit dem Ziel verstanden, die «Entscheide auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen». Das Hauptziel besteht darin, die notwendige Breite der Interessenabwägung zu ermöglichen und die Grundlage für den sachgerechten Planungsentscheid zu bilden. Es geht zudem um die Legitimation und die dank gesteigerter Akzeptanz verbesserte Durchsetzung von Planungsentscheiden.

Ni la commission des affaires juridiques du Conseil des Etats ni le Conseil fédéral n'ont constaté d'abus manifestes. De même, des professeurs de droit renommés ont souligné régulièrement la nécessité, l'efficacité et le bon bilan de l'activité des organisations recourantes. Mais le train remis en branle en 2003 par l'initiative parlementaire de Hans Hofmann, dont les chaudières ont été alimentées en 2004 par le cas du stade zurichois du Hardturm, les débats sur les centres d'achat et quelques représentants associatifs maladroits, ne pouvait plus être freiné. Pour la FP, la nouvelle réglementation signifie surtout une augmentation des coûts, puisque la partie qui succombe devra à l'avenir supporter les frais de la procédure. Les règles du jeu en cas d'accord deviennent plus claires et précises, et le fait que le résultat des négociations est pris en considération par les autorités devient un aspect essentiel des nouvelles règles. La FP voit cependant aussi un danger dans le fait qu'elle peut perdre le droit de recours dans tel cas particulier si des prétentions à des prestations illicites ont été émises et que l'autorité compétente peut éventuellement ne pas prendre effectivement en considération dans son autorisation tous les résultats négociés.

Quoi qu'il en soit, le pire a pu être évité grâce au très efficace groupe de pilotage des organisations écologistes. Jusqu'à la fin en effet, les adversaires du droit de recours ont demandé que les décisions prises par le peuple ou une assemblée législative soient prises en compte – de manière disproportionnée selon nous – lors de l'examen du rapport relatif à l'étude d'impact sur l'environnement. A quoi les organisations ayant qualité pour recourir ont fait remarquer que la législation sur la protection de l'environnement et, par exemple, la protection des marais, avaient elles aussi été adoptées au terme d'un processus démocratique.

Pour faire le bilan final des nouvelles règles en matière de droit de recours et d'étude d'impact sur l'environnement à l'issue des discussions sur l'initiative parlementaire, il faudrait d'une part savoir si les radicaux zurichois vont retirer leur initiative populaire, et d'autre part connaître la manière dont les autorités et les tribunaux vont appliquer ces règles dans la pratique. Depuis le 2 mai 2007, l'avenir du droit de recours des organisations est plus compromis que jamais, après que le Conseil fédéral ait, de manière totalement inattendue, décidé de soutenir d'initiative des radicaux zurichois. La FP a qualifié cette décision de catastrophique.

Résultats des débats sur l'initiative parlementaire Hofmann:

- Les possibilités de recours sont réduites en raison de la limitation du domaine de plainte des organisations environnementales et en raison du mandat au Conseil fédéral de fixer une nouvelle définition plus restrictive des constructions et installations soumises à l'EIE.
- Une organisation de protection de l'environnement qui a omis de formuler des griefs recevables dès la procédure de planification ne peut plus le faire dans le cadre d'une procédure ultérieure.
- Les organisations doivent supporter les frais de la procédure de recours même si elles utilisent ces moyens juridiques pour représenter la nature.
- Une organisation de protection de l'environnement ne doit avoir le droit de recourir que dans les domaines du droit figurant dans ses statuts depuis au moins dix ans.
- Un début anticipé de la construction est autorisé si l'issue du recours d'une organisation ne peut avoir aucune incidence sur les travaux.



*Mitwirkung der
SL erwünscht:
Ausbauvorhaben des
Speicherkraftwerk
«Argessimo» im
Kanton VS*

*La FP a été consul-
tée sur le projet de
centrale à pompage-
turbinage Argessimo,
Oberems VS*

2
16

Partizipation darf aber nicht nur pro forma stattfinden, sondern muss konkret etwas bewirken können. Partizipation auf der Projektebene bedeutet somit das ernsthafte Kooperieren und die gegenseitige Rücksichtnahme der Interessengruppen. Im Fall des im April 2005 erstmals öffentlich vorgestellten Pumpspeicherkraftwerkvorhabens «Linthal 2015» der Axpo wurde die SL zusammen mit der Glarner WWF-Sektion von Anfang an einbezogen. Es geht dabei um einen Ausbau des bestehenden Kraftwerkes auf 1200 Megawatt Maximalleistung, verbunden mit einem Aufstau des Muttsees mittels einer 35 Meter hohen Betonmauer, mit einer teilweisen Mehrnutzung der Wasserfassung und einer rund 15 Kilometer langen doppelsträngigen 380-kV-Leitung von Tierfehd nach Schwanden / Sool. Die beiden Verbände SL und WWF GL waren bei der Schutz- und Nutzungsplanung, der UVP und auch beim Netzanschluss praktisch gleichberechtigt mit den amtlichen Stellen in den Gesprächen eingebunden. Dabei erwiesen sich die Gespräche als sehr konstruktiv. Für die SL waren namentlich Luca Vetterli und Raimund Rodewald tätig. Auch wenn die Planung noch längstens nicht abgeschlossen ist, so zeigte es sich doch, dass dort, wo auch Verhandlungsspielraum besteht, sich die fachliche Mitwirkung für die SL ausgezahlt hat. Es wurden nicht nur dank den Impulsen der Verbände die Schutz- und Nutzungsplanung optimiert, sondern auch überaus wirksame Ausgleichsmassnahmen festgelegt, wie zum Beispiel die Aufhebung der Linthschluchtfassung, Aufweitungsmassnahmen entlang der Linth und Verbesserungsmassnahmen im Bereich Schwall und Sunk. Dies mit dem Ziel, die Linth längerfristig wieder in einen wertvollen Lebensraum, etwa für die Seeforelle, zu verwandeln. Neben weiteren Massnahmen wird auch im Bereich des schwierigen Netzanschlusses alles unternommen, um die Neubauleitung einigermaßen landschaftsverträglich zu platzieren und bestehende Leitungen zu verlegen oder zu verkabeln. Partizipation ist in diesem Fall im Gegensatz zum Kraftwerkprojekt «KWO plus» für die SL schon deshalb möglich geworden, weil keine kantonalen oder gar nationalen Schutzgebiete betroffen waren, andererseits aber auch Verbesserungspotenzial, zum Beispiel in dem eindrücklichen Naturmonument der Linth Schlucht oder an der Linth selbst, besteht.

Ein ähnlicher partizipativer Prozess wird im zweiten Axpo-Vorhaben «Argessimo», Oberems VS und im Atel/SBB-Vorhaben «Nant de Drance» / Finhaut VS, durchgeführt. Diese neuen Pumpspeicherkraftwerke stehen auch im Zusammenhang mit dem massiven Ausbau der Windkraft in Europa, die durch die unstete Produktion das internationale Leitungsnetz bela-

- Les autorités de recours n’ont pas l’obligation d’examiner un recours exigeant des prestations abusives.
- Les peines conventionnelles comme mesures pour garantir les négociations entre les requérants et les organisations environnementales sont interdites.
- Les organisations habilitées à recourir sont désignées par le Conseil fédéral en vertu de la loi sur la protection de l’environnement et de la loi sur la protection de la nature et du paysage. Il sera par exemple défini plus clairement dans quelle mesure une organisation peut exercer une activité économique.
- La compétence pour déposer un recours appartient désormais au seul organe exécutif supérieur de l’organisation. Il peut toutefois habiliter ses sous-organisations à recourir, sous réserve de conditions inscrites dans la loi.
- Les aspects préventifs des études d’impact sur l’environnement sont perdus.
- Malgré leurs effets souvent positifs pour toutes les parties, les conventions devraient présenter moins d’attrait, puisque les organisations environnementales risquent dès lors la perte de leur qualité pour agir.

La participation à la planification porte ses fruits – L’exemple de Linthtal 2015

Dans le langage des aménagistes, la participation signifie que les gens ont leur mot à dire dans les processus de décision. Selon l’art. 4 de la LAT, on entend par là toute activité dont le but est d’influencer les décisions aux divers niveaux du système politique. L’objectif principal est de faciliter la pesée des intérêts en présence en ouvrant le champ des possibilités et de constituer la base d’une décision objective. Il s’agit en outre de donner une légitimité aux décisions et d’améliorer la mise en œuvre de ces décisions du moment qu’elles seront mieux acceptées. La participation ne doit cependant pas être un placebo. Elle doit pouvoir exercer une action concrète. Sur le plan des projets, la participation implique ainsi une manière sérieuse de coopérer et la prise en considération réciproque des intérêts en présence. Dans le cas du projet de centrale à pompage-turbinage «Linthtal 2015», présenté au public en avril 2005 par la compagnie Axpo, la FP et la section glaronaise du WWF ont été intégrées aux travaux dès le début. Le projet vise à l’agrandissement de la centrale existante pour porter sa puissance maximale à 1200 MW, au moyen de l’élévation du barrage du Muttsee de 35 m, d’une plus forte utilisation de l’eau accumulée et d’une nouvelle ligne à haute tension (deux fois 380 kV) de quelque 15 km de longueur de Tierfehd à Schwanden / Sool. Les deux associations ont été associées aux discussions et ont pu exercer pratiquement les mêmes droits que les services officiels sur les thèmes de l’aménagement de la protection, des affectations, de l’EIE et du raccordement au réseau. En fait, les discussions se sont révélées très constructives. Luca Vetterli et Raimund Rodewald étaient les représentants de la FP. Même si la planification n’est de loin pas achevée, il est apparu que là où il existe une marge de négociation, la participation était payante pour la FP. Grâce aux impulsions données par les deux organisations, non seulement l’aménagement de la protection a été amélioré, mais au surplus des mesures de compensation extrêmement efficaces ont été fixées, comme la suppression du captage d’eau dans les gorges de la Linth, les mesures d’élargissement le long de la rivière et des réductions de l’impact des éclusées. Le tout dans le but de retransformer durablement la Linth en un espace de vie de grande valeur, notamment pour les truites.

stet und Speicherprobleme aufwirft. Auf der anderen Seite lässt sich heute mit der raschen Verfügbarkeit von Spitzenstrom international sehr viel Geld verdienen, obwohl Speicherkraftwerke mehr Strom verbrauchen, als sie produzieren. Dies wirft einen Schatten auf deren Ökobilanz.

Besserer Schutz für das Hochgebirge

Das Hochgebirge gerät immer mehr unter Druck und ist als «Niemandland» vermehrt Gegenstand von wirtschaftlichen Nutzinteressen. Die entsprechenden Projekte sind zahlreich: Skigebietserschliessungen (zum Beispiel Neuerschliessungen Sidelhorn in Oberwald / Obergesteln VS, Gletscherskigebietsausbau Diavolezza-Lagalp GR, Verbindung Leukerbad-Lötschentäl VS) neue Kraftwerkprojekte (siehe oben), Resort-Projekte, grossflächige Beschneidungen, Klettersteige, Lichtinstallationen. Dazu kommen kritische Einzelprojekte wie der projektierte 117 Meter hohe dreibeinige Turm auf dem Kleinen Matterhorn in Zermatt VS, der Schatzalpturm in Davos GR, ein Höhenwanderweg auf 2900 Metern in Grächen VS oder das grosse Gipfelkreuz auf dem Bristen UR.



Die urtümliche Landschaft auf der Engstlenalp BE ist durch das geplante Projekt «Schneeparadies Hasliberg-Titlis» bedroht

Le paysage intact de l'Engstlenalp BE est menacé par le projet «Schneeparadies Hasliberg-Titlis»

Die SL, die sich in den erwähnten Fällen verschiedentlich zu Wort meldete und auch zum Teil rechtlich intervenierte, ist angesichts dieser Vorhaben besorgt über die Selbstverständlichkeit, mit der das Hochgebirge als Nutzungsraum des Menschen betrachtet und in Besitz genommen wird. Die hochalpinen Lagen zählen zu den einzigen wirklichen Naturlandschaften der Schweiz und stellen das grösste und wertvollste binneneuropäische Naturdenkmal dar. Hinzu kommt die Tatsache, dass das Hochgebirge rechtlich ein «herrenloses Niemandland» ist, das heisst als Eigentum in der Regel dem Gemeinwesen und nicht privaten Grundbesitzern zufällt. Schliesslich besteht für das Hochgebirge trotz den überaus sensiblen Lebensräumen und der geologischen hochdynamischen Charakteristik kein eigentlicher Schutz. Einzelne Gebiete wie die Berner Hochalpenkette und das Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn-Gebiet sind im

Mis à part d'autres mesures, tout est entrepris aussi dans le domaine du difficile raccordement au réseau pour placer la nouvelle ligne aérienne à un endroit compatible avec les exigences du paysage et pour déplacer ou enterrer les lignes existantes.

Dans un tel cas, à la différence du projet de centrale électrique KWO Plus, la participation a été possible parce qu'aucune zone protégée cantonale et encore moins nationale n'était concernée, et que, par ailleurs, il existait sur place un potentiel d'amélioration, par exemple dans cet impressionnant monument naturel que sont les gorges de la Linth ou le long de la rivière elle-même.

Un processus participatif semblable est à l'œuvre dans le second projet Axpo baptisé «Argesimo», à Oberems VS, et dans le projet conjoint Atel / CFF Nant de Drance / Finhaut VS. Ces nouvelles centrales de pompage-turbinage sont aussi en relation avec le développement massif de l'énergie éolienne en Europe, qui met à rude épreuve le réseau international à cause de l'irrégularité de la production et soulève des problèmes de stockage. Cela étant, grâce à la rapide disponibilité du courant issu de la force hydraulique aux heures de pointe, il est possible aujourd'hui de gagner énormément d'argent sur le plan international, bien que les usines de pompage / turbinage consomment plus d'électricité qu'elles n'en produisent. Voilà qui jette une ombre sur leur bilan écologique.

Protégeons mieux la haute montagne!

Les pressions s'accroissent sur la haute montagne. Ce «no man's land» devient toujours plus le jouet d'intérêts économiques. A cet égard, les projets ne se comptent plus: équipements de domaines skiables (ex nihilo au Sidelhorn à Oberwald / Obergesteln VS, extension du domaine skiable sur le glacier à la Diavolezza-Lagalp GR), nouveaux projets de centrales électriques (voir ci-dessus), projets de complexes touristiques, d'enneigement artificiel à grande échelle, de via ferrata, d'installations lumineuses. A cela s'ajoutent des projets particuliers controversés, comme la tour tripode de 117 m de haut au Petit Cervin à Zermatt VS, la tour de la Schatzalp à Davos, un chemin de randonnée à 2900 m d'altitude à Grächen VS, la proposition de faire disputer une rencontre de football au Jungfrauoch pour donner le coup d'envoi, pardon le «kick off», du championnat d'Europe de football en 2008, ou la grande croix à ériger au sommet du Bristen UR. Face à ces projets, la FP, qui a donné son avis sur les exemples cités et est parfois intervenue sur le plan juridique, est préoccupée. Il semble désormais aller de soi que la haute montagne est un espace que l'homme peut s'approprier pour en tirer un profit. Or, les sommets des hautes Alpes font partie des rares paysages vraiment naturels de Suisse et représentent le monument naturel le plus grand et le plus précieux du continent européen. A quoi s'ajoute le fait que la haute montagne est juridiquement un «no man's land sans maître», c'est-à-dire qu'elle n'appartient pas à des propriétaires fonciers privés mais fait généralement partie du domaine public. Enfin, malgré ses écosystèmes extrêmement fragiles et son caractère géologique hautement dynamique, la haute montagne ne bénéficie pas d'une protection particulière. Certaines régions comme la chaîne des Alpes bernoises et le domaine Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn figurent à l'Inventaire fédéral des paysages, sites et monuments naturels d'importance nationale (IFP).

Grâce aux changements climatiques, les zones couvertes de «neige autrefois éternelle» deviennent tout à coup intéressantes aussi à cause de l'utilisation qui peut en être faite. En août 2006, les gigantesques travaux de construction entrepris dans le domaine skiable de

Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) enthalten. Gerade wegen des Klimawandels werden die Gebiete des «ewigen Eises» plötzlich auch aus Nutzungssicht interessant. Die riesigen Bautätigkeiten im Skigebiet von Les Diablerets riefen im August 2006 die SL auf den Plan. Dort wurde innert Kürze eine Sommer- und Winterrodelbahn von etwa 1 Kilometer Länge im Gletscherbereich erstellt, die mit Jumps und Kreiseln von der Gipfelstation in 12 Kurven zum Glacier du Sex Rouge führt. Auch eine aufwändige Beschneigung von 3,4 Kilometern Pisten wurde eingerichtet, wofür das Wasser durch den Tunnel aus dem Walliser Sanetsch-Stausee abgeleitet wurde. Insgesamt seien 39 Kilometer Rohre verlegt worden. Im Gipfelrestaurant sollen unter anderem Autorennen auf Grossbildschirmen gezeigt werden. Dieser Fall zeigt, wie sehr das Hochgebirge vereinnahmt und für ein Amusement als Lunapark ausgebaut wird. In einer Zeit, in der die beängstigenden Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Gletscherwelt diskutiert werden, muten Pläne wie Funpark, Rodelklamauk und Filme von Autorennen auf 3000 Metern geradezu grotesk an.

Nach Weihnachten 2006 wurde schliesslich ein weiteres Beispiel der Verkommerzialisierung der Bergwelten bekannt: die Projektion eines Riesen-Dias am Piz Corvatsch in der Altjahreswoche. Diese Form von massiver Lichtverschmutzung, als Bergbahn- und Produktwerbung an einem national geschützten Berghang ausgestaltet, löste zahlreiche Kritiken aus. Auch die SL reagierte ungehalten mit einem offenen Brief an die Bergbahnen Engadin / St. Moritz. Glücklicherweise intervenierte auch der Kanton. Die Projektion wurde in der Folge eingestellt. Zusammen mit dem Schweizer Alpen-Club (SAC) überlegt sich die SL, wie der Schutz der Hochalpen künftig verbessert werden könnte. In einem Hearing zum neuen Seilbahngesetz regte der Geschäftsleiter auch eine entsprechende Gesetzesbestimmung an. Bislang noch vergeblich. Eine solche Schutzbestimmung könnte auch im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Ratifizierung der Alpenkonventions-Protokolle erlassen werden. Bisher haben alle Vertragsparteien mit Ausnahme Italiens und der Schweiz alle oder mehrere Protokolle ratifiziert. Die Schweiz schiebt nicht nur seit Jahren die Ratifizierung der Alpenkonventions-Protokolle auf die lange Bank; in Bezug auf die europäische Landschaftskonvention passiert das Gleiche. Diese wurde zwar am 20. Oktober 2000 von der Schweiz unterzeichnet, aber der Ratifizierungsprozess wurde seither nicht einmal gestartet. Inzwischen haben nur noch 8 von 33 Staaten, welche die Konvention unterzeichneten, diese noch nicht ratifiziert.

Atelier Proterra – neue Hilfe für die Terrassenlandschaften

Terrassierte Landschaften können als die «Van Goghs» unter den Kulturlandschaften bezeichnet werden. Erst seit einigen Jahren wurden in verschiedenen Ländern Initiativen und Projekte gestartet, um diese kulturlandschaftlichen Juwelle einerseits besser zu verstehen, andererseits mit gezielten Massnahmen besser erhalten zu können. Auch in der Schweiz widmet sich seit 2003 das von der SL gegründete Atelier Proterra der Erhaltung und Pflege sowie der Erfassung der Terrassenlandschaften. In einer neuen Studie wird eine Übersicht über das bestehende rechtliche und auch private Instrumentarium gegeben, das im konkreten Anwendungsfall für den Terrassenlandschaftsschutz in Frage kommt. Die heute existierenden Instrumente können fünf verschiedenen Ebenen zugeordnet werden: normativer Schutz, planerische Sicherung, Unterhaltsförderung, Bewirtschaftungslenkung sowie Management, Projektkoordination und -kooperation. Die Bilanzierung der Instrumente kommt zu einem positiven Ergebnis.

Glacier 3000 / Les Diablerets ont provoqué l'intervention de la FP. En fort peu de temps, une piste de luge estivale et hivernale d'un kilomètre de long environ y a été aménagée dans la zone du glacier, agrémentée de sauts et de giratoires, qui conduit en 12 virages de la station du téléphérique au glacier du Sex Rouge. Une onéreuse installation d'enneigement artificiel pour 3,4 km de pistes y a aussi été installée, l'eau arrivant à travers un tunnel du lac d'accumulation valaisan du Sanetsch où elle est puisée. Au total, ce ne sont pas moins de 39 km de conduites qui ont été posés. Dans le restaurant d'altitude, des courses automobiles sont projetées sur des écrans géants. Cet exemple montre comment la haute montagne est réquisitionnée pour «l'amusement» et métamorphosée en luna-park. A une époque où les conséquences inquiétantes du réchauffement climatique pour les glaciers provoquent le débat, des projets du genre funpark, parcours de luge sur rails et projection de courses de formule 1 à 3000 mètres au-dessus du niveau de la mer paraissent pour le moins arrogants, cyniques et indécents. Un autre exemple de commercialisation à outrance de l'univers alpin s'est produit après les fêtes de Noël 2006: la projection d'une diapositive géante au flanc du Piz Corvatsch durant la dernière semaine de l'année. Cette énorme pollution visuelle, conçue comme une publicité affichée sur la pente d'une montagne protégée en faveur d'un produit et d'une société de remontées mécaniques, a déclenché de nombreuses critiques. La FP a elle aussi réagi pour exprimer son indignation dans une lettre ouverte aux remontées mécaniques de l'Engadine / St-Moritz. Par chance, le canton est lui aussi intervenu, à la suite de quoi la projection a été interrompue. Avec le CAS, la FP s'interroge sur les moyens de mieux protéger à l'avenir la haute montagne. Lors d'une audition portant sur la nouvelle loi relative aux installations à câbles, son directeur a suggéré d'y insérer une prescription à ce sujet, en vain pour le moment. Cette disposition pourrait aussi être édictée dans le cadre du réexamen de la ratification de la Convention alpine. A ce jour, les autres Etats contractants ont ratifié tout ou partie des protocoles, à l'exception de l'Italie et de la Suisse... Et alors que cette dernière ajourne depuis des années la ratification des protocoles d'application de la Convention alpine, la Convention européenne du paysage est en train de subir le même sort. Ce texte a certes été signé par la Suisse le 20 octobre 2000, mais la procédure de ratification n'a pas encore été lancée. Dans l'intervalle, seuls 8 Etats sur les 33 qui l'ont signée ne l'ont pas encore ratifiée.

«Atelier Proterra» – de nouveaux instruments au secours des paysages en terrasses

Parmi les paysages cultivés, les paysages en terrasses sont à peu près l'équivalent des toiles de Van Gogh. Des initiatives et des projets n'ont été lancés que récemment dans quelques pays pour mieux comprendre ces joyaux et mieux les préserver à l'aide de mesures appropriées. En Suisse, l'«Atelier Proterra», créé par la FP, se consacre depuis 2003 à la sauvegarde, à l'entretien et au recensement des paysages en terrasses.

Une nouvelle étude présente une vue d'ensemble de la panoplie d'instruments juridiques et privés actuellement en vigueur pour les protéger. Les instruments existants peuvent être rangés dans cinq catégories: le niveau de la protection normative, de la sauvegarde en termes d'aménagement, du soutien à l'entretien, de l'incitation à l'exploitation ainsi que de la gestion, de la coordination des projets et de la coopération. Lorsque l'on établit le bilan de ces instruments, on obtient un résultat positif. Les instruments de l'agriculture et de la sylviculture, mais surtout le sponsoring écologique, qui s'est développé récemment, ne ratent pas leur cible.

Die Instrumente der Land- und Forstwirtschaft, vor allem aber auch das entwickelte Ökosponsoring verfehlen ihre Wirkung nicht. Dennoch werden damit die konkreten Probleme nicht geringer, da der Strukturwandel, aber auch die Ökonomisierung der Gesellschaft die Kostenfrage der erschwerten Bewirtschaftung weiterhin aufwirft. Die neuen Modelle im Bereich der regionalen Entwicklung und auch des Projektmanagements lassen aber für die Zukunft hoffen. Grundvoraussetzung für den gezielten Mitteleinsatz ist ein regionaler Integralansatz, der ein Instrumentarium erfordert, das alle fünf Ebenen umfasst.

Zu dem Instrumentenbericht gesellt sich der 2006 fertig gestellte Grundlagenbericht «Grundsätze zur nachhaltigen Entwicklung der Terrassenlandschaften der Schweiz» mit der ausführlichen Beschreibung der Terminologie und Typologisierung sowie einer komparativen Beurteilung von fünf Fallstudien, in welchen Erfolgsfaktoren, Stärken und Schwächen der dort verwirklichten Projekte eruiert wurden. Zu den Erfolgsfaktoren sind primär das Vorhandensein von initiativen Personen vor Ort, die Bildung von geeigneten Trägerschaften und auch die Zusammenarbeit mit auswärtigen Kreisen (um die lokalen Projektideen mit den vorhandenen Erfahrungen andernorts und bestehenden Anreizinstrumenten verknüpfen zu können) zu zählen. Die komparative Projektbeurteilung erlaubt als Schlussfolgerung die Postulierung von Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung der Terrassenlandschaften. Diese Grundsätze können die Grundlage für ein erfolgreiches Projektmanagement mit Blick auf die – gemäss unserer hier entwickelten Typologie – wohl weit über 100 Terrassenlandschaften der Schweiz bilden. Gerade mit Blick auf die neuen Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen im Subventionsbereich von Natur- und Heimatschutz, Wald und Strukturverbesserung ab 2008 könnte eine Übersicht über die herausragenden Terrassenlandschaftsobjekte für einen gezielteren Mitteleinsatz nützlich sein. Die SL erarbeitet derzeit zusammen mit der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) eine Methodik zur Erfassung der Terrassenlandschaftsobjekte. Dieses Proterra-Projekt ist auch Teil eines internationalen Forschungsprojekts («COST-A27 Landmarks»). Beide Berichte können bei der SL bezogen werden.

22

Schutzvertrag für das Baltschiedertal verlängert

Der auf Initiative der SL 1986 von den vier Gemeinden des Baltschiedertales (Baltschieder, Eggerberg, Mund, Ausserberg) und der Pro Natura Wallis unterzeichnete Schutzvertrag bezweckt unter anderem die Bewahrung des Tales vor einer grösseren Wasserkraftnutzung, die Anfang der 80er-Jahre geplant war, und den Unterhalt der bestehenden Bauten, Wege, Stege und Wässerwasserleitungen (Suonen). Aufgrund dieses Schutzvertrages konnten massgebliche finanzielle Mittel für konkrete Unterhaltsprojekte eingesetzt werden, unter anderem über die SL und den Fonds Landschaft Schweiz (FLS), dessen Gründung 1991 stark mit dem Modellbeispiel Baltschiedertal begründet werden konnte. Inzwischen ist das Tal auch Teil des Unesco-Weltnaturerbes Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn. Der Schutzvertrag war bis 31. Dezember 2006 gültig. Die Gemeinde Mund hatte im Dezember 2005 das Vertragswerk per 31. Dezember 2006 vorsorglich gekündigt. Grund hierfür war die ihres Erachtens ungleiche Behandlung der Gemeinden im Rahmen der Landschaftsrappen-Abgeltung gemäss Bundesrecht (Mund erhielt aus diesem vom Schutzvertrag unabhängigen Vertragswerk mit dem Bund 2002 keine Abgeltung). Nach intensiven Verhandlungen zog nun die Gemeinde Mund ihre vorsorgliche Kündigung

Die Aktion «Atelier Proterra» leistet einen Beitrag, die einzigartigen Terrassenlandschaften zu erhalten, Ramosch GR

L'«Atelier Proterra» contribue à la sauvegarde des paysages en terrasses, Ramosch GR



Les problèmes pratiques ne perdent néanmoins rien de leur acuité, du moment que les changements structurels, mais aussi les tendances à considérer la société sous l'angle exclusif de l'économie, continuent de poser la question du financement d'une exploitation compliquée. Les nouveaux modèles en place dans le secteur du développement régional et de la gestion de projets permettent cependant d'espérer. La condition sine qua non d'un engagement approprié des ressources est une approche régionale intégrale, qui requiert un arsenal de moyens englobant les cinq niveaux.

Le rapport relatif à l'instrumentaire est complété par un rapport scientifique achevé en 2006 et intitulé «Principes de bases pour le développement durable des paysages en terrasses de Suisse». Il contient une description détaillée de la terminologie et de la typologie, ainsi qu'une appréciation comparative de cinq études de cas dans lesquelles ont été analysés les facteurs de succès, les forces et les faiblesses des projets qui sont réalisés dans autant de régions. Parmi les facteurs de succès, il convient avant tout de ranger la présence sur place de personnes dotées d'esprit d'initiative, la création d'une organisation adéquate, la collaboration avec des milieux extérieurs (afin de pouvoir relier les idées locales aux expériences faites ailleurs et aux instruments incitatifs déjà en place). L'évaluation comparative des projets permet de conclure en postulant une série de principes pour le développement durable des paysages en terrasses. Ces principes peuvent servir de base pour parvenir à gérer les projets de manière efficace, dont le nombre dépasse largement la centaine selon la typologie grossière que nous avons développée. Dans la perspective des nouvelles conventions de prestations conclues entre la Confédération et les cantons dans le domaine de subventionnement de la protection de la nature et du paysage, de la forêt et des améliorations structurelles, une liste synoptique des remarquables objets des paysages en terrasses pourrait servir dès 2008 à affecter les ressources de manière plus adéquate. La FP est actuellement en train d'élaborer, avec l'Institut fédéral de recherches sur la forêt, la neige et le paysage (WSL), une méthodologie pour recenser les paysages en terrasses. Proterra s'inscrit aussi dans le cadre d'un projet de recherche international (COST A 27 «Landmark»). Les deux rapports peuvent être obtenus au secrétariat de la FP.

zurück. Sie behält sich aber vor, sich in zwei Jahren aus dem Schutzvertrag zurückzuziehen, wenn sich keine Lösung betreffend Abgeltungszahlungen mit dem Bund beziehungsweise mit dem Kanton für den damaligen Verzicht auf die Kraftwerknutzung zugunsten der Gemeinde abzeichnet. Gespräche auf Kantonsebene werden dies künftig klären müssen. Der Vertrag ist nunmehr, weil keine Kündigung mehr vorliegt, verlängert.

Die SL dankt im besonderen Willy Loretan, alt Ständerat und Vertreter des Stiftungsrates der SL, für sein grosses Engagement zugunsten der Weiterführung des Schutzvertrages.

Revitalisierung der Wale im Val Müstair

Aus dem Jahr 2003 stammte die Idee der SL zur Sichtbarmachung und Aufwertung der alten Flurbewässerungssysteme im Val Müstair, «auals» oder auf Deutsch Wale genannt. Diese oftmals spektakulär geführten und zum Teil sehr alten Wasserleitungen dienten früher der lebenswichtigen Bewässerung der Wiesen und Äcker in den Gebieten der trockenen inneren Alpen. Ausgehend von einem Konzeptpapier und einer Semesterarbeit an der Academia Engiadina konnte die SL die kantonale Denkmalpflege, die Gemeinde Müstair, den Turissem



Wale dienten früher der Bewässerung von Äckern und Wiesen, Val Müstair GR

Les «Wale» servaient autrefois à l'irrigation des champs et des prés, Val Müstair GR

Val Müstair und verschiedene weitere Kreise für das Projekt begeistern. Dieses ist nun als Teilprojekt in die Projektphase der Biosfera Val Müstair / Parc Naziunal Svizzer (VM/PNS) aufgenommen worden. Die Finanzierung des Projekts steht, und die erste Phase (Erhebung der noch vorhandenen Wale) konnte im Oktober 2005 gestartet werden. Ausgehend von diesen Feldaufnahmen dokumentierte seither der Gemeindeförster von Müstair, Jörg Clavadetscher, die Wale mittels GPS-Aufnahmen im Feld. Parallel dazu befasste sich Lucian Ruinatscha mit der «oral history» und befragte die ehemaligen Nutzer der Wale. Beide stiessen auf zahlreiche Dokumente und Spuren im Gelände. Die ersten Ergebnisse wurden anlässlich einer Medienkonferenz am 21. März 2006 in Müstair vorgestellt. 2007 soll der erste Wal «Foppumwasch» vollumfänglich renaturiert werden, weitere Renaturierungen sollen folgen.

Prorogation de la convention de protection du Baltschiederatal

Signée en 1986 à l'initiative de la FP par les quatre communes du Baltschiederatal (Baltschieder, Eggerberg, Mund, Ausserberg) et Pro Natura VS, la convention de protection en vigueur a pour objet de préserver la vallée de l'utilisation à grande échelle de la force hydraulique telle qu'elle était envisagée au début des années 1980, et de maintenir en état les constructions existantes, chemins, passerelles, conduites d'irrigation (bisses) et autres. Dans le sillage de cette convention de protection, des moyens financiers importants ont pu être engagés dans des projets concrets d'entretien, notamment par le canal de la FP et du Fonds suisse pour le paysage, le FSP, dont la création en 1991 avait pu être justifiée en référence au modèle exemplaire du Baltschiederatal. Aujourd'hui, la vallée fait aussi partie de la région Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn, inscrite au patrimoine mondial de l'Unesco. La convention de protection arrivait à expiration le 31 décembre 2006. En décembre 2005, la commune de Mund l'avait dénoncée pour la fin 2006. Pour justifier cette décision, elle alléguait l'inégalité de traitement des communes dans le cadre du contrat sur la compensation des pertes subies à cause de la renonciation à l'utilisation de la force hydraulique (la commune en question n'a pas reçu de montants compensatoires au titre de ce contrat conclu avec la Confédération en 2002 et indépendant de la convention de protection). Au terme de négociations ardues, la commune de Mund a fini par retirer sa résiliation, ce qui autorise la prorogation de la convention. Elle se réserve toutefois le droit de s'en départir dans deux ans si aucune solution ne se dessine à l'horizon au sujet des montants compensatoires à verser à la commune par la Confédération ou le canton pour les pertes subies à cause de la renonciation à l'utilisation de la force hydraulique. Ce point devra être tiré au clair lors de discussions qui auront lieu au niveau fédéral et cantonal. La FP adresse en particulier ses sincères remerciements à Willy Loretan, ancien conseiller aux Etats et représentant du conseil de fondation de la FP, pour son action en faveur de la pérennisation de la convention de protection.

Remise en eau des voies d'irrigation du Val Müstair

C'est en 2003 que la FP a eu l'idée de remettre au jour et en valeur les ancestraux systèmes d'irrigation des champs du Val Müstair, dénommés «auals» ou, en allemand, «Wale». Ces conduites d'eau, dont la construction est très ancienne et le tracé souvent spectaculaire ont servi autrefois à irriguer les prés et les champs dans les régions au climat sec des Alpes intérieures. Sur la base d'un concept et d'un travail de semestre accompli à l'Academia Engiadina, la FP a pu convaincre la protection cantonale des monuments historiques, la commune de Müstair, la société de développement touristique du Val Müstair et plusieurs autres milieux de soutenir ce projet. Celui-ci a aujourd'hui été admis dans le projet plus global de la Biosfera Val Müstair / Parc Naziunal Svizzer (VM / PNS).

Le financement est réuni et la première phase (recensement des voies d'irrigation encore en état) a pu démarrer en octobre 2005. A partir de ces relevés sur le terrain, l'ingénieur forestier de la commune de Müstair Jörg Clavadetscher en a effectué d'autres au moyen du GPS. En parallèle, Lucian Ruinatscha a interrogé les anciens utilisateurs de ces voies d'irrigation, recueillant ainsi des témoignages dans le cadre de l'«histoire orale». Les deux hommes ont trouvé de nombreux documents et relevé de nombreux vestiges dans la nature.

Behördliches Nein zu einer Seilbahn Belalp – Riederalp

26 Nach einer anekdotenreichen und teilweise skurrilen Geschichte um die von einigen Bergbahnvertretern der Riederalp seit Jahren vehement verfolgten Pläne für eine Seilbahnverbindung über das hochgradig geschützte Gletschervorfeld des Grossen Aletschgletschers scheint nun das definitive Ende sicher. Grossen Anteil daran hat sicher auch die SL, die von Anfang an dieses unsinnige Projekt, das ein Weltnaturmonument massiv verunstaltet hätte, kritisierte. Im Dezember 2004 präsentierten die Vertreter der Belalp Bahnen AG und der Aletsch Riederalp Bahnen AG eine Machbarkeitsstudie zu einer Luftseilbahnverbindung zwischen den beiden Skigebieten. Der Bau hätte 2007 erfolgen sollen. Pikanterweise erhalten die Gemeinde Ried-Mörel und Naters VS zum Schutz des zu überspannenden Gebietes jährlich rund 295'000 Franken (der Kanton Wallis zusätzlich 427'000 Franken). Dies ergibt sich aus dem Vertrag von 2002 mit dem damaligen Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG, heute Teil des Bafu) über die Abgeltung von Einbussen infolge Verzichts auf Wasserkraftnutzung (VAEW) im Gebiet Oberaletsch. Der Vertrag, der nicht einseitig gekündigt werden kann, verpflichtet die Gemeinden für 40 Jahre gegen Entschädigung auf einen grundeigentümergebundenen Schutz. Luftseilbahnen sind im Vertragsgebiet klar ausgeschlossen. Die SL und sämtliche involvierten kantonalen Umweltverbände haben seit Anbeginn auf die fehlende rechtliche Basis des Vorhabens hingewiesen. So hatte man bereits im Jahr 2005 betont, dass ein trotziges Weiterverfolgen der rechtlich nicht bewilligbaren Bahn unverständlich und letztlich auch dem Walliser Image völlig abträglich sei. Daraufhin bezichtigten die Aletsch Riederalp Bahnen die SL der Falschaussage. Es seien keineswegs unüberwindbare Hürden vorhanden, wurde behauptet. Im Januar 2006 kam nun die Argumentation der SL praktisch identisch auch von Seiten des Bundesamtes für Verkehr. Eine Verbindungsbahn sei rechtlich nicht möglich. Einen Monat später gibt die Promotorengruppe aber stolz bekannt, dass sie am 38-Millionen-Projekt einer 3 Kilometer langen Pendelbahn Riederfurka – Bruchegg dennoch weiter festhalten wolle. Den unliebsamen Perimeter des BLN-Objekts wolle man verschieben und auch den VAEW-Vertrag allenfalls kündigen. Kurz darauf distanzieren sich die Bettmeralp-Bahnen von diesem Vorhaben. Es ist, auch dank der Kritik der SL, davon auszugehen, dass diese Seilbahnverbindung nun für immer ein Papiertiger bleibt.



*Der Grosse
Aletschgletscher VS
bleibt auch
dank der SL
unbeeinträchtigt*

*Le paysage du
grand glacier
d'Aletsch VS
restera intact,
notamment
grâce à la FP*

Les premiers résultats de ces recherches ont été présentés au public à l'occasion d'une conférence de presse organisée le 21 mars 2006 à Müstair. En 2007, la première de ces voies d'irrigation, baptisée «Foppumwasch», devrait être entièrement remise en eau; d'autres opérations du même type suivront.

Le non des autorités à une liaison câblée entre Belalp et Riederalp

Après une histoire riche en anecdotes, voire en bouffonneries, autour du projet – défendu bec et ongles par quelques champions des remontées mécaniques de Riederalp – de liaison câblée au-dessus de la zone de retrait placée sous haute protection du grand glacier d'Aletsch, l'épilogue semble aussi proche que l'échec définitif du projet. La FP y aura grandement contribué: dès le début, elle a vertement critiqué ce projet insensé, qui aurait gravement défiguré un monument naturel du patrimoine mondial. En décembre 2004, les représentants de la société Belalp Bahnen AG et de la société Aletsch Riederalp Bahnen AG ont présenté une étude de faisabilité concernant une liaison par câble entre les deux domaines skiables. La construction aurait dû se faire en 2007. Le piquant de l'affaire est que les communes de Ried-Mörel et de Naters touchent annuellement quelque 295'000 francs pour la protection du secteur qui aurait été surplombé par l'installation (et le canton du Valais 427'000 francs en sus). C'est ce qui ressort du contrat, conclu en 2002 avec l'Office fédéral des eaux et de la géologie (intégré aujourd'hui à l'OFEV), sur la compensation des pertes subies à cause de la renonciation à l'utilisation de la force hydraulique dans la région d'Oberaletsch. Ce texte, qui ne peut être dénoncé unilatéralement, oblige les communes, moyennant une indemnité, mais pendant 40 ans, à faire en sorte que la mise sous protection prenne une forme contraignante pour la propriété foncière. Dans la région concernée, les téléphériques sont évidemment exclus. En 2005 déjà, la FP avait souligné que l'obstination avec laquelle le projet de liaison câblée, impossible à approuver, se poursuivait, était incompréhensible et finalement totalement dommageable pour l'image du Valais. Après quoi la société Aletsch Riederalp Bahnen AG a accusé la FP de faux témoignage. Les obstacles à franchir n'étaient nullement insurmontables, serinait-on du côté des promoteurs. En janvier 2006, l'Office fédéral des transports a produit une argumentation pratiquement identique à celle de la FP. Il n'était juridiquement pas possible de construire cette liaison. Pourtant, un mois plus tard, le groupe des promoteurs annonçait fièrement son intention de maintenir envers et contre tout son projet de construire pour 38 millions de francs une liaison de 3 kilomètres par téléphérique entre Riederfurka et Bruchegg. Il entendait déplacer le malencontreux périmètre de l'objet inscrit à l'IFP et aussi, le cas échéant, dénoncer le contrat sur la compensation des pertes subies dans l'utilisation de la force hydraulique. Peu après, la société des Bettmeralp-Bahnen a pris ses distances avec ce projet. On peut cependant estimer que, grâce également à l'intervention de la FP, cette liaison câblée restera pour toujours un tigre de papier.